



Datenschutzgrundverordnung

Nach mehrjährigen Verhandlungen hat das Europäische Parlament einer neuen Datenschutzgrundverordnung zugestimmt. Dabei stehen der Schutz personenbezogener Daten und die Rechte des Verbrauchers im Vordergrund. Erfolgreich hat sich der PKM Europe dafür eingesetzt, dass KMUs, deren Kerngeschäft außerhalb der Datenverarbeitung liegt, weiterhin keinen betrieblichen Datenschutzbeauftragten bestellen müssen. Auch wenn bestimmte Erleichterungen für KMUs eingeführt wurden, so führen die Rechte des Verbrauchers auf Löschung, Änderung oder Zugriff auf seine personenbezogenen Daten zu weitreichenden Informationspflichten seitens der Unternehmen.

Digitaler Binnenmarkt

Mit zahlreichen Initiativen will die Europäische Kommission den digitalen Binnenmarkt ausbauen und einen sicheren Rechtsrahmen für KMU schaffen: Die Europäische Cloud Initiative soll für den Ausbau der europäischen Dateninfrastruktur und besseren Zugang zu wissenschaftlichen Daten sorgen. Über E-Government kann der Verwaltungsaufwand verringert werden und der Umgang mit den Behörden schneller und kostengünstiger gestaltet werden. Ein Verordnungsvorschlag adressiert ungerechtfertigtes Geoblocking: Verbrauchern aus verschiedenen Mitgliedstaaten darf der Zugang zu Online-Portalen nicht aufgrund ihrer Herkunft verwehrt werden. Der PKM Europe setzt sich dafür ein, dass es den Unternehmen überlassen bleibt, Produkte in einen anderen EU-Mitgliedstaat zu liefern.

Berufliche Bildung: Europäische Agenda

Eine Steigerung des Qualifikationsniveaus der EU-Bevölkerung – so lautet das Ziel der kürzlich von Kommissarin Thyssen vorgestellten 'Europäischen Agenda für neue Kompetenzen'. Im Fokus dieser Schlüsselinitiative der Europäischen Kommission stehen Weiterbildung und die Vermittlung digitaler Fähigkeiten. Mit der 10 Maßnahmen umfassenden Agenda macht die Kommission deutlich, dass sie die Chance der Dualen Ausbildung für eine bessere Integration von Arbeitskräften in den europäischen Arbeitsmarkt erkannt hat. Eine Garantie zur Erlangung von Kompetenzen lehnen die beiden Abgeordneten jedoch ab. Diese würde nur bürokratische Auflagen mit sich bringen und die Flexibilität des Dualen Systems einschränken.



Bereits im Vorfeld lud der PKM Europe zum Austausch mit Vertretern aus Kommission und Verbänden ein.